

**Beschluss der 39. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 05.03.2016**

**Gleiche Lebensbedingungen und Chancen für
alle Kinder, Jugendlichen und jungen
Erwachsenen! Gegen Diskriminierung und
Benachteiligung von Geflüchteten!**

2015 waren fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht, in diesem Jahr werden es voraussichtlich noch mehr sein. Nur für wenige ist die riskante und teure Flucht in die Zentren der restlos kapitalisierten Welt eine Option. Von den wenigen, die sie antreten, erreichen nur manche ihr Ziel - den Rest kostet die Flucht das Leben.

Erschrocken stellen wir dabei fest, dass in der öffentlichen Debatte geflohene Kinder und Jugendliche vor allem als Ausländer-innen wahrgenommen werden. Dies befeuert eine Diskussion, in der Menschen und deren Anwesenheit - vor allem in den Kommunen - als durch effizientes Verwaltungshandeln zu lösendes oder sogar unlösbares Problem gesehen werden. Gleichzeitig werden trotz eines Bekenntnisses der Jugendhilfe zu Rechten, die für alle Kinder und Jugendlichen gelten, diese Rechte immer wieder unterlaufen. Immer deutlicher sind außerdem Töne zu hören, die fordern, die Qualitätsstandards, die praktisch kaum durchgesetzt sind, auch auf dem Papier außer Kraft zu setzen oder gleich die Rechte von geflohenen Kindern und Jugendlichen zu beschneiden, also z.B. die Schulpflicht für Kinder auszusetzen, bis deren Aufenthaltsstatus geklärt ist.

Vor diesem Hintergrund verurteilen wir auch den Versuch, verschiedene Forderungen - etwa nach der angemessenen Bezahlung von Pädagog-inn-en und die Versorgung von Geflüchteten - gegeneinander auszuspielen. Eine adäquate Vergütung von Pädagog-inn-en ist völlig unabhängig von der Geflüchteten-Thematik zu bewerten. Kinder, Jugendliche und junge Volljährige, gleich welcher Herkunft, sind in erster Linie eins: junge Menschen.

Der Landesjugendring und seine Mitgliedsorganisationen lehnen eine solche Einschränkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ab. Das Recht auf Bildung und alle anderen Kinderrechte sind die Rechte aller Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus. Daher lehnen wir als junge Menschen die Ausgrenzung und Diskriminierung von Geflüchteten ab und fordern gleiche Rechte für alle jungen Menschen.

Dies beinhaltet auch die Verbesserung der rechtlichen Situation von ausländischen Kindern und Jugendlichen. Wir weisen darüber hinaus auf die Verantwortung der deutschen Politik für die Zustände in anderen Ländern und die Fluchtursachen hin, auch die deutsche Rüstungs-, Außen- und Wirtschaftspolitik trägt zur Destabilisierung der Verhältnisse und zur Verarmung weiter Teile der Welt bei. Deshalb fordern wir:

- die Anhebung des Rechts auf Schulbesuch für geflüchtete Kinder und Jugendliche ohne anerkannten Schulabschluss oder (Berufs-)Ausbildung auf das 25. Lebensjahr. Keine Aussetzung der Schulpflicht für Schüler-innen mit unklarem Aufenthaltsstatus!
- die Anhebung des medizinischen Versorgungsniveaus nach AsylbLG auf das Niveau der gesetzlichen Krankenkassen, die Schaffung von einfachen und unbürokratischen Zugängen zu dieser medizinischen Versorgung, gerade bei Kindern und Jugendlichen, die in Geflüchtetenunterkünften leben.
- die Einrichtung von Lern- und Begegnungshäusern mit Freizeitangeboten, die Möglichkeiten zur individuellen Förderung und Begleitung nach der Schule bieten. Darüber hinaus fordern wir die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs durch die Kultusministerkonferenz zur Inklusion von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in die Schulen, der eine gezielte Förderung dieser Kinder und Jugendlichen möglich macht.
- die Möglichkeit für alle Kinder und Jugendlichen, gleich welcher Herkunft, eine Ausbildung zu machen oder – bei entsprechender Qualifikation – zu studieren. Das bedeutet auch die Öffnung des BAföG-Systems für alle, die Leistungen nach AsylbLG beziehen, und einen staatlich nicht reglementierten Zugang zu Ausbildungsplätzen.
- die Unterstützung und die Verbesserung von Möglichkeiten zur Selbstorganisation junger Geflüchteter, da sie wesentliche Voraussetzungen sind, um tatsächlich in einer anderen Gesellschaft „anzukommen“. Denn nur, wer für seine Interessen selbstbewusst eintreten kann, kann etwas an seinen Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen ändern.
- die Erteilung einer sicheren Aufenthaltsgenehmigung für alle ausländischen Kinder und Jugendlichen, die eine Schule oder Hochschule besuchen oder eine Ausbildung machen.
- die Erteilung des Titels Daueraufenthalt-EU bei Abschluss einer Ausbildung oder eines Studiums in Deutschland.

Hier sind alle einfach junge Menschen – gleiche Lebensbedingungen und Chancen für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen! Daher sollte uns, den im LJR zusammengeschlossenen Jugendverbänden, bewusst sein, dass dies alles ein wichtiges Thema ist. Deshalb sind wir aktiv und bilden uns fort, z.B. durch die Amadeu Antonio Stiftung (AAS) und dessen Praxisstelle JU:AN antisemitismus- und rassistuskritische Jugendarbeit in Hannover. Diese wird daher vom Landesjugendring zu einem Kennenlernen eingeladen. Gleichzeitig werden bereits vorhandene Handlungsempfehlungen wie der 15-Punkte-Plan der AAS¹ oder der Leitfaden der BUNDjugend² nach Möglichkeit in der Praxis eingesetzt.

¹ <http://www.projekt-ju-an.de/15-punkte-plan/>

² <http://www.bundjugend.de/best-practice-leitfaden-veranstaltungen-mit-gefluechteten/>